



AMBASSADE DE SUISSE
EN POLOGNE

Réf.: 381.0. - KE/gw

Politischer Bericht Nr. 1

Le chef de D

VARSOVIE 10, 2. Februar 1966. *7/2*

Aleje Ujazdowskie 27

cn					c/a
Datum					11.3
Visa					4/4
EPD	11. März 1966				
Ref.	h.A. 29.31. Warschau				

Zum Konflikt zwischen Regime und Kirche in Polen

Seit einer Woche ist die heftige Auseinandersetzung zwischen dem Regime und der katholischen Hierarchie in der Frage des Briefwechsels zwischen dem polnischen Episkopat und den deutschen Bischöfen abgeflaut. Gomulka selbst hatte durch seine Rede an der Sondersitzung der Nationalen Front - der Dachorganisation der kommunistisch gelenkten Verbände und Parteien - das Signal für diese versöhnlichere Wendung gegeben. Darin bescheinigte er den Bischöfen zweimal, sie hätten in der Frage der Oder-Neisse-Grenze keine staatsgefährlichen Konzessionen gemacht. Bedenkt man, dass die kommunistische Parteipresse den Ton für die "vaterländische Difamierung" des Episkopats angegeben hatte, und dies mit einer Heftigkeit, die eine schwere Dauerkrise zwischen Staat und Kirche befürchten liess, so wirkte das Einlenken Gomulkas ebenso unerwartet wie rätselhaft.

Ich hatte während meiner Antrittsbesuche Gelegenheit, die Auffassung zahlreicher Kollegen - namentlich aus dem Westen und aus "paktlosen" Staaten - zu vernehmen. Obwohl die Beurteilung sehr nuanciert ist, scheint doch die Mehrzahl in einem Punkte einig zu sein: Die jüngste Krise zwischen Regime und Kirche wurde nicht von den politischen Machthabern eingeleitet, sondern von der Hierarchie unter

Führung des Kardinalprimas. Man fragt sich: War es nötig, die Einladung an den deutschen Episkopat zur Teilnahme an der Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens mit einem Manifest zu verbinden, das an die heikelsten Existenzfragen des polnischen Staates (Potsdamer Abkommen und Oder-Neisse-Grenze) rührt? War es angezeigt, dies unter völliger Umgehung der staatlichen Organe zu tun? Ist es denkbar, dass Kardinal Wyszinski und die 36 mitunterzeichneten polnischen Bischöfe die zu erwartenden Auswirkungen ihrer Initiative in Polen, namentlich die scharfe Reaktion des kommunistischen Parteiapparates, so weitgehend verkannt hätten? Selbst wenn man die Hochstimmung christlicher Verbrüderung, welche die letzten Konzilswochen in Rom gekennzeichnet haben mag, in Rechnung stellt, dürfte es doch schwer fallen, den polnischen Episkopat bei einem so ausgeprägten "Irrealismus" zu behaften.

Diese Erwägungen führen mehrere meiner Kollegen dazu, dem Kardinalprimas die Absicht zu unterschieben, die Auseinandersetzung mit dem Regime wenn nicht gesucht, so doch einkalkuliert zu haben. Wyszinski wird in hiesigen Diplomatenskreisen wohl als starke Persönlichkeit und als unbeugsamer Kämpfer für Glauben und Kirche anerkannt. Es wird ihm aber zugleich eine gewisse Eigenmächtigkeit, ein allzu stures Festhalten an überholten Traditionen nachgesagt, und dies vorab was eine nicht nur religiöse, sondern auch staatspolitische Konzeption des Kirchenprimates anbelangt. Nicht jede seiner Initiativen und auch nicht jede seiner viel beachteten Predigten in der Warschauer Kathedrale finden deshalb - diplomatisch gesprochen - vorbehaltlose Zustimmung. Die Gloriolen eines kommunistisch Verfolgten, mit der man im Westen gerne und rasch zur Hand ist, scheint hier etwas zurückhaltender, gewissermassen mit Abstufungen erteilt zu werden. So mussten gerade die formalen Begleitumstände des Einladungsschreibens an den deutschen Episkopat, sowie ge-

wisse politisch sehr gewagte Formulierungen zu ernsthaften Bedenken veranlassen. Dies auch deshalb, weil Kardinal und Episkopat diesmal bei weitem nicht die Zustimmung aller polnischen Katholiken finden konnten. Der regimegebundenen Presse und ihren opportunistischen Mitläufern hatte man es vielmehr leicht gemacht, namentlich in den intellektuellen Schichten der Städte eine Aufsplitterung der Meinungen unter den Katholiken selber zu erreichen.

Naheliegenderweise stellt man sich die Frage, warum Gomulka darauf verzichtet hat, unter Einsatz aller demagogischen Mittel die im Lager der Kirchengläubigen entstandene Unsicherheit weiter zu vertiefen. Noch selten hatte die Gelegenheit so verlockend geschienen, einen Keil zwischen einen Teil der kirchengläubigen Bevölkerung und die Vertreter der Hierarchie zu treiben. Zugleich war hier allenthalben die Meinung zu hören gewesen, die Kommunisten würden unter Ausnutzung der infolge des bischöflichen Kreisschreibens entfachten antiklerikalen Polemik beabsichtigen, den Plan eines Papstbesuches an der Millenniumsfeier in Tschenstochau endgültig zu torpedieren.

Nunmehr haben vereinzelte meiner Kollegen ihre Urteilsweise geändert. Grund hiezu geben ihnen die hier nicht bestätigten, aber im Ausland zu vernehmenden Gerüchte über direkte Verhandlungen zwischen Vertretern der polnischen Regierung und des Vatikans. Der Spezialbeauftragte der Kurie für Kontakte mit den kommunistischen Ländern, Mgr. Agostino Casaroli, soll in Warschau gewesen sein. Sein Besuch habe kurz vor der erwähnten Rede Gomulkas stattgefunden. Weiter heisst es, ein Mitglied der polnischen Parteidelegation, die sich soeben zum Kongress der italienischen Kommunisten nach Rom begab, sei mit der geheimen Weiterführung der Kontakte beauftragt worden. Delegationschef Zenon Kliszko gilt gemeinhin als der Mann, der im Zentralkomitee die Kultur- und Kirchenfragen behandelt, und dasselbe

würde für einen seiner Begleiter, Andrzej Werblan, zutreffen. Auch sei bekannt, dass die Meinungen in den Warschauer Partei- und Regierungskreisen für oder wider den Papstbesuch nach wie vor geteilt seien. Verschiedene Prominente erblickten darin prestigemässige Vorteile für den polnischen Staat wie für das Regime. Dies namentlich für den Fall, dass es möglich wäre, sich über die Modalitäten der Papstreise mit dem Vatikan direkt - d.h. ohne Einschaltung des unbequemen Kardinalprimas - zu verständigen.

Von hier aus wäre es dann nur ein Schritt zu einer weiteren Mutmassung: Kardinal Wyszinski und die Mehrzahl der ihm ergebenen polnischen Bischöfe würden versuchen, eine solche Eintwicklung zu hintertreiben. Schon bisher hätte sich der Primas mit der Aufnahme direkter Beziehungen, und sei es nur konsularischen Charakters, zwischen der Kurie und dem polnischen Staat nicht befreunden können. Er vertrete den Standpunkt, alle Kanäle nach Rom hätten über seine Person zu gehen, mit anderen Worten über den für den gesamten polnischen Katholizismus zuständigen Primatsitz. Aus einer solchen Einstellung heraus bekäme auch das Einladungsschreiben an den deutschen Episkopat eine besondere Note: Es sei dem Kardinal und seinem Anhang vorab um eine Kundgebung der Stärke, sowohl auf religiöser, wie auf politischer Ebene, gegangen. Ob sich durch dieses Vorgehen und die dadurch entfachte Polemik zwischen Regime und Episkopat die Aussichten auf den Papstbesuch effektiv verschlechtert hätten oder nicht, liesse sich zur Zeit schwer beurteilen. Manche meiner Kollegen rechnen nach wie vor mit einer positiven Möglichkeit. Es würden vielleicht aber nicht mehr die im Mai stattfindenden und vermutlich 2 bis 3 Millionen Gläubiger vereinigenden Feiern auf dem Heiligen Berg von Tschenstochau als geeigneter Anlass für den Besuch Pauls VI befunden, sondern eher ein späteres Datum im Verlaufe des gegenwärtigen Milleniumsjahres der Christianisierung Polens.

A. Tiedel